

„Unsere Reinigungskräfte sind resigniert“

Amt für Gebäudewirtschaft will durch sukzessive Fremdvergaben Geld sparen – Personalrat bezweifelt große Einspareffekte

Die Putzfrau, bei der Gemeinde angestellt, war einst die Regel. Heute ist sie teilweise schon die Ausnahme. Auch Sindelfingen will im Zuge der Haushaltskrise seinen Weg der Fremdvergabe fortsetzen. „Die Sachzwänge lassen keinen anderen Weg zu“, bedauert Manfred Dittrich, Chef des Amtes für Gebäudewirtschaft.

VON SIEGFRIED DANNECKER

SINDELFINGEN. Die gute Nachricht ist, dass die Stadtverwaltung keine ihrer Reinigungskräfte entlässt. Die schlechte ist, dass sie ausscheidende nur noch durch Kräfte aus der freien Wirtschaft ersetzt. „Damit fallen auch langfristig Jobs weg, die vor allem ausländische Frauen als wichtigen Zuverdienst für ihre Familien brauchen“, klagt die Personalratsvorsitzende Elisabeth Götzelmann (Foto) über die Doktrin, die auf einen Gemeinderatsbeschluss von 2008 zurückgeht und nun vielleicht noch forcierter betrieben werden könnte.



Rund 150 Frauen, allesamt Teilzeitkräfte, sind für die Stadt

im Einsatz – insgesamt 74 Stellen. Sie putzen täglich 180 000 Quadratmeter städtische Gebäude, also Schulen, öffentliche Einrichtungen und Turnhallen. Ein „granatenmäßiger Knochenjob“, wie Manfred Dittrich ohne Umschweife zugibt. Putzen im großen Stil sei körperlich enorm anstrengend, ja verschleißintensiv. Nicht von ungefähr erwähnt denn auch Elisabeth Götzelmann die gesundheitlichen Probleme, die sich durch so einen Job niederschlagen: Rückenprobleme beispielsweise.

Dabei sind die Frauen – viele Türkinnen, aber auch Frauen aus Serbien, Kroatien und Italien, die meisten über 50 – nicht eben üppig bezahlt. 8,50 Euro gibt es laut Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst pro Stunde – die unterste Einstufung. Wenigstens etwas mehr, knapp über zehn Euro, bekommen die Putzkräfte, die vor 2005 schon bei der Stadt beschäftigt waren und übergeleitet worden sind, also noch „Privilegien“

Argumente

Bei der Debatte darüber, wer künftig die öffentlichen Einrichtungen in Sindelfingen putzen soll, stehen beschäftigungspolitische finanziellen Argumenten gegenüber. Wer dabei in einer Stadt wie Sindelfingen, die auf Teufel komm raus sparen muss, den Kürzeren zieht, war von vornherein klar. Leider!

Werner Held



In der Haushaltskrise will die Stadt immer mehr fremde und immer weniger eigene Putzkräfte einsetzen

KRZ-Fotos: Thomas Bischof

von früher mitbrachten wie beispielsweise einen Ortszuschlag.

So bescheiden die Entlohnung, so groß letztlich die Summe der Aufwendungen, die die Stadt für die Sauberkeit der Einrichtungen aufwenden muss. „Das kostet uns jährlich drei Millionen Euro“, sagt Amtschef Dittrich. Der 54-Jährige setzt deshalb auf die Vergabe an Fremdfirmen, die dieselbe Leistung 40 Prozent günstiger erbrächten. Dittrich: „Das sind halt Fakten, an denen kann man nicht vorbei.“ Also solle sich das Verhältnis von zurzeit 70 Prozent Eigen- und 30 Prozent Fremdreinigung Zug um Zug umkehren – durch natürliche Fluktuation. Im Pfarrwiesen-Gymnasium zum Beispiel und in der Grund- und Realschule Hinterweil putzen keine städtischen Kräfte mehr, sondern fremdes Personal. Auch die meisten Sporthallen und die Fensterreinigung sind komplett per Vertrag nach außen vergeben – zu Dittrichs Zufriedenheit.

Nicht immer sei man über die Leistungen der Fremdfirmen begeistert gewesen, räumt der Amtsleiter ein. Da habe man auch Lehrgeld zahlen müssen, nehme jetzt auch nicht mehr unbedingt „den billigsten, sondern den wirtschaftlichsten Bieter“. Die Kosten flösen nur zu 50 Prozent in die Vergabekriterien ein; die andere Hälfte gewichte man nach Standortnähe oder auch Wahl der ein-

gesetzten Reinigungsmittel. Gegenwärtig kommen die vier Firmen, mit denen das Rathaus zusammenarbeitet, aus Stuttgart, Mannheim, Sindelfingen und Karlsruhe.

Dass die Beauftragung der „freien Wirtschaft“ freilich auch Nachteile habe – das will der Mann aus dem Rathaus gar nicht verhehlen. „Schulleiter und Hausmeister hätten sicher gerne nur städtisches Personal“, weil: Da konnten sie kurz mal sagen,



hier putzen wir heute ausnahmsweise nicht, dafür woanders; zum Beispiel wenn ein Elternabend bevorstand. „Diese Flexibilität ist dahin“, sagt Manfred Dittrich (Foto). Denn alles, was außerhalb des Auftrags liegt, will extra bezahlt sein. Weitere Reduzierungen beim Reinigungsstandard seien kaum noch möglich, gibt Dittrich zu bedenken. So würden die Büros im Rathaus nur noch einmal die Woche gestaubsaugt und die Papierkörbe geleert. Nur in publikumsintensiven Bereichen werde noch täglich geputzt, so auch in den Toiletten.

Ist die städtische Putzfrau also gewissermaßen ein Auslaufmodell? Laut Dittrich

wird es „Jahre, womöglich Jahrzehnte“ dauern, bis dieser Punkt erreicht sei. Das sehe auch die Unternehmensberatung Rödl & Partner so, die zurzeit durchs Rathaus streicht immer auf der Suche nach Einsparpotenzialen.

Dass es in diesem Zusammenhang öfter zu Reibereien mit der Personalvertretung kommt, liegt nahe. Die Personalratsvorsitzende Elisabeth Götzelmann, bezweifelt denn auch die Zahlen, die man ihr präsentiert, glaubt an „schöngerechnete“ Daten. „Bisher kannten wir nur die Zahl 20 Prozent Einsparung“, ist die 58-Jährige skeptisch: „Fremdvergaben muss man ja auch kontrollieren, sonst funktioniert es nicht. Das kostet auch Geld.“

„Die Kolleginnen sind eher resigniert“, sieht Götzelmann die ausländischen Reinigungskräfte als Verlierer, die keiner so recht wahrnehmen will. Dabei seien sie mit ihrer Tätigkeit regelrecht verwoben – „zum Beispiel mit den Büros, für die sie zuständig sind, und mit ihren Kindertagesstätten“. Jahrelang habe man auf diese ausländischen Kräfte zurückgegriffen, argumentiert die Personalrätin: „Da war einem deren Sprache egal. Jetzt kehrt sich das gegen sie. Jetzt können sie sich ihrer Sache nicht erwehren, weil sie sich oft nicht trauen und sie die Sprache nicht verstehen.“